

Bundestagswahlen 2017

Die Vorhaben der Parteien für die Zeitarbeit

08.09.2017 bap | Am 24. September sind Bundestagswahlen. Da die Gesetzgebung des Bundes maßgeblich für die Zeitarbeitsbranche und den Arbeitsmarkt insgesamt ist, wird die Wahl eine Richtungsentscheidung für die Personaldienstleister sein: Geht es weiter mit der gesetzlichen Einschränkung der Zeitarbeit oder werden die Regulierungen überprüft und sogar teilweise wieder zurückgenommen?

Wir werden Ihnen in zwei BAP-Politikrundschriften noch einmal die Positionen der sechs Parteien, die sehr wahrscheinlich in den Bundestag einziehen, zusammenfassen. In diesem Rundschreiben finden Sie die Positionen der Parteien CDU und CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD zur Zeitarbeit. In einem zweiten Politikrundschriften werden wir für Sie die Vorhaben der Parteien zum Arbeitsmarkt jenseits der Zeitarbeit zusammenfassen.

1. Forderungen der Unionsparteien zur Zeitarbeit

CDU und CSU haben ein gemeinsames Programm zur Bundestagswahl 2017 mit dem Titel „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“. Zur Zeitarbeit finden sich darin folgende Vorhaben:

„Qualität von Arbeit ist uns wichtig“

„Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist wichtig und hat dazu beigetragen, hunderttausende neue Arbeitsplätze zu schaffen. Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen unbefristete Arbeitsverhältnisse nicht einfach ersetzen. Deshalb werden wir offenkundige Missbräuche abstellen. Gerade Berufsanfänger, die eine Familie haben oder gründen wollen, brauchen eine verlässliche Perspektive. Durch die Neuregelung von Zeit-, Leiharbeit und Werkverträgen haben wir bereits wichtige Verbesserungen für die Arbeitnehmer erzielt.“ [Wahlprogramm von CDU/CSU, Seiten 14/15]

2. Forderungen der SPD zur Zeitarbeit

Die SPD hat ihr Programm unter das Motto „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ gestellt. Zur Zeitarbeit sind darin folgende Vorhaben enthalten:

„Sichere Arbeit und gute Löhne:“

„Wir wollen existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Werkvertragsnehmerinnen und -nehmer brauchen besseren Schutz. Mit der Einführung einer Höchstüberlassungsdauer und dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ haben wir bereits viel erreicht. Diesen Weg werden wir weitergehen. **Unser Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso vergütet wird, wie in der Stammbesellschaft.** Davon darf nur durch repräsentative Tarifverträge abgewichen werden. Die Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (**Synchronisation**) **soll unzulässig sein.** Wir werden die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von

Leiharbeit und Werkverträgen deutlich ausbauen. Den Missbrauch von Werkverträgen werden wir bekämpfen.“ [Wahlprogramm der SPD, Seite 21]

3. Forderungen der Partei Die Linke zur Zeitarbeit

Das Bundestagswahlprogramm der Linken trägt den Titel: „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.“ Zur Zeitarbeit finden sich darin folgende Passagen:

„Was wir dringend angehen:“

„Gute Arbeit und Löhne: Den gesetzlichen Mindestlohn erhöhen wir auf 12 Euro. Selbst die Bundesregierung weiß: darunter reicht es nicht zum Leben und für eine Rente oberhalb der Grundsicherung. **Wir wollen prekäre Arbeit abschaffen: Befristungen ohne sachlichen Grund, Minijobs und Leiharbeit werden ausgeschlossen.** Die Ausnahmeregeln für Befristungen im wissenschaftlichen Bereich wollen wir abschaffen. Die Arbeit mit Menschen muss besser bezahlt werden!“ [Wahlprogramm der Partei Die Linke, Seite 10]

„Wir sind viele: Viele Menschen sind in Bewegung für gerechten Welthandel, für eine Aufwertung von Sozial- und Erziehungsdiensten, für höhere Löhne im Einzelhandel, für mehr Personal in Gesundheit und Pflege, für gute Arbeit und gegen Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. Gemeinsam können wir das Land verändern.“ [Wahlprogramm der Partei Die Linke, Seite 7]

„Gute Arbeit für Alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst“

„Viele arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen doch mit ihrem Lohn kaum bis zum Monatsende über die Runden. Ein Viertel der Beschäftigten arbeitet in unsicheren Arbeitsverhältnissen wie Leiharbeit, Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, Minijobs, Solo- und Scheinselbständigkeit. Prekär Beschäftigte können das eigene Leben kaum planen und sich kaum eine berufliche Perspektive aufbauen. DIE LINKE vertritt genauso die Interessen der vielen Beschäftigten, die mit auskömmlichem Gehalt und unbefristeten Arbeitsverhältnissen arbeiten. Sorgen um den Arbeitsplatz und die berufliche Zukunft, Dauerstress und belastende Arbeitszeiten machen krank. Wir stellen uns den Versuchen der Arbeitgeber entgegen, die Belegschaften spalten: in Beschäftigte in unsicheren Arbeitsverhältnissen und Beschäftigte, die nicht direkt davon betroffen sind.“ [Wahlprogramm der Partei Die Linke, Seite 12]

„**Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge verhindern!** Leiharbeit schafft im gleichen Betrieb Beschäftigte zweiter Klasse. Beschäftigte in Leiharbeit verdienen 2015 nur knapp 60 Prozent des Durchschnittslohns. **Wir wollen die Leiharbeit abschaffen.** Bis dahin kämpfen wir um bessere Bedingungen für die Beschäftigten! Lohndumping muss sofort unterbunden werden: **Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen müssen den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten! Kein Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten darf länger als drei Monate dauern. Leiharbeiter müssen nach drei Monaten im Betrieb übernommen werden und dürfen nicht gegen andere Leiharbeiter ausgetauscht werden. Der Einsatz von Leiharbeit und die Vergabe von Werkverträgen müssen an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden.** Der Missbrauch von Werkverträgen durch Scheinwerkverträge muss

wirksam unterbunden werden, indem die Beweislast umgekehrt wird und zukünftig beim Arbeitgeber liegt.“ [Wahlprogramm der Partei Die Linke, Seite 14]

4. Forderungen von Bündnis 90/Die Grünen zur Zeitarbeit

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat ihr Programm „Zukunft wird aus Mut gemacht“ genannt. Zur Zeitarbeit äußert sich die Partei darin wie folgt:

„Die Integration von Flüchtlingen braucht gute Strukturen“

„Außerdem wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit gelten.“ [Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Seite 107]

„Für faire Löhne – Arbeit soll sich für alle lohnen“

„Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder befristet. Was im Sinne der Flexibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft missbraucht, um Löhne dauerhaft zu senken. Den Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen wir GRÜNE umkehren. Ohne guten sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können und **Leiharbeit ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie.**“ [Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Seite 193]

„Gute Arbeit statt prekärer Jobs“

„Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bereichen, in denen Überlastung und prekäre Arbeit häufig vorkommen. Flexibilität ist gut – es muss aber auf die richtige Balance mit Blick auf die soziale Absicherung und die Mitsprachemöglichkeiten der Arbeitnehmer*innen geachtet werden. **Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.** Von Werk- oder Dienstverträgen muss die Leiharbeit klar abgegrenzt werden.“ [Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Seite 217]

5. Forderungen der FDP zur Zeitarbeit

Das Bundestagswahlprogramm der Freien Demokraten (FDP) trägt den Namen „Denken wir neu“. Zur Zeitarbeit finden sich darin folgende Vorhaben:

„Zweite Chance – Unterstützung zum (Wieder-)Einstieg“

„Ob Einstieg oder Wiedereinstieg: Wir verteidigen einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Tarifautonomie und dürfen etwa die Zeitarbeit oder Befristungen nicht weiter einschränken. Flexibilität am Arbeitsmarkt schafft nicht nur Möglichkeiten zum Einstieg, sondern reduziert auch Arbeitsplatzverluste in Krisen.“ [Wahlprogramm der FDP, Seite 64]

„Abbau überflüssiger Regulierung in der Zeitarbeit“

„Wir Freie Demokraten wollen überflüssige Regulierungen bei der Zeitarbeit abbauen. Denn Deutschland braucht auch in Zukunft einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die Weltwirtschaft verändert sich schnell. Durch die Digitalisierung nehmen Projektaufträge zu. Darauf müssen Unternehmen flexibel reagieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Zeitarbeit ist hierfür ein wichtiges Instrument. Die Unternehmen können damit Auftragsspitzen abfangen oder kurzfristig spezialisierte Fachkräfte finden. Zugleich profitieren die Beschäftigten von der Zeitarbeit. So erhalten viele Menschen eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt. Das zeigen die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ganz klar: Rund zwei Drittel aller Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer übten vorher keine Beschäftigung aus. Jeder Vierte hat keinen Berufsabschluss. Für gut Ausgebildete kann die Zeitarbeit in der digitalen Welt zudem neue Wege eröffnen – zwischen Selbstständigkeit und der jahrelangen Arbeit für nur ein Unternehmen. Missbrauch ist in den vergangenen Jahren erfolgreich unterbunden worden: Die Tarifpartner haben bereits Lösungen gefunden, damit der Lohn der Zeitarbeitenden bei längeren Einsätzen an den der Stammbeslegschaft angeglichen wird (Equal Pay). Trotzdem hat die Große Koalition hier bürokratisiert. **Die unnötigen gesetzlichen Vorschriften zur Überlassungsdauer und Entlohnung führen zu Unsicherheiten und Aufwand. Dies wollen wir ändern.**“ [Wahlprogramm der FDP, Seiten 64/65]

6. Forderungen der AfD zur Zeitarbeit

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat ein Bundestagswahlprogramm mit dem Titel „Programm für Deutschland“. Zur Zeitarbeit schreibt die Partei Folgendes:

„Soziale Arbeitswelt“

„Der zunehmende Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen wirkt sich negativ auf den Wohlstand aus. Daraus entstehen Negativwirkungen für die Demografie. Zudem leidet der Aufbau der eigenen Altersvorsorge. **Die AfD fordert deshalb auch eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen. Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden. Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden. Sie dürfen nur unter festgelegten Bedingungen abgeschlossen werden. Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden.**“ [Wahlprogramm der AfD, Seite 52]

Fazit

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD wollen die Zeitarbeit noch stärker regulieren, als dies bereits jetzt schon der Fall ist. Die genannten Parteien unterscheiden sich darin, wie weit sie mit der Regulierung gehen wollen. Am weitesten gehen die Linken mit ihrer Forderung nach einem Verbot der Zeitarbeit. Die Unionsparteien wiederum äußern sich in ihrem Bundestagswahlprogramm nur vage. Damit bleiben sie für alle Parteien koalitionsfähig. Die FDP stellt eine Ausnahme dar: Sie setzt sich für eine Abschaffung unnötiger gesetzlicher Vorschriften für die Zeitarbeit ein.

